



Mehr kritischer Bürgerprotest, weniger Planungssicherheit: darauf müssen sich Unternehmen einstellen, die ein Projekt planen.

Foto: FOTODESIGN_SCHMALOW

Die „Dagegen“-Gesellschaft

Warum die Industrie jetzt handeln muss

Schon die Berliner Band „Die Ärzte“ provozierte im Jahr 2008 mit dem Song „Ich bin dagegen“. Der gleiche trotzig-provozierende Ton scheint dem entgegenzuschlagen, der sich die Bilder der „Wutbürger“ in Stuttgart ansieht. Die Einen sind gegen den neuen Bahnhof, andere sind gegen neue Kohlekraftwerke, gegen Stromtrassen und gegen den Ausbau von Flughäfen und Landstraßen. Rund 50 Prozent aller Kraftwerksprojekte stehen auf der Kippe.

Mit hoher Geschwindigkeit scheint Deutschland in eine Sackgasse zu steuern – aus einer ablehnenden Grundhaltung gegenüber Großprojekten heraus, die sich zudem mit einer neuen Lust an

Protestaktionen vermischt. Protest ist wieder in Mode. So ist jeder zweite Bundesbürger bereit, sich in Bürgerinitiativen zu engagieren. Durch die professionelle Unterstützung von NGOs werden kleinere Gruppen vor Ort schlagkräftiger. Besondere Bedeutung kommt hierbei

Die vom Hoff Kommunikation GmbH des Autors befasst sich intensiv mit dem Phänomen einer sinkenden Industrieakzeptanz in NRW. Für Energie- und Industrieunternehmen plant und begleitet vom Hoff die Kommunikation verschiedener Investitionsprojekte.



dem Internet zu. Social Media und Online-Plattformen ermöglichen Initiativen nicht nur eine einfache Organisation, sie bieten auch die Möglichkeit einer schnellen Kommunikation. Die Leidtragenden sind Unternehmen, die in Großprojekte investieren wollen.

Die Menschen sind nicht per se industriefeindlich, dennoch gilt: Nicht vor meiner Haustür! 15 Prozent der NRW-Bürger bezeichneten sich im Jahr 2009 sogar als „Totalverweigerer“ gegenüber der Industrie. Bürgerprotest wird zum Investitionsrisiko bei neuen Projekten. Die Planungssicherheit nimmt drastisch ab.

Wege aus dem Dilemma

Für Industrieunternehmen wenig hilfreich ist es, an der Opferrolle gefallen zu finden und in Drohgebärden (Verlust von Arbeitsplätzen) aufzugehen. Zu weit fortgeschritten ist der gesellschaftliche Wandel hin zur bürgerlichen Mitbestimmung und Protestkultur. Großinvestitionen werden nicht mehr allein anhand betriebswirtschaftlicher, technischer oder juristischer Parameter bewertet, sondern unterliegen kritischen Blicken von An-

wohnern, Umweltschützern und Medien. Legalität kann dabei gesellschaftliche Akzeptanz nicht ersetzen. Und ohne Akzeptanz wird es zukünftig schwierig.

Industrie wieder wertschätzen

Anstatt zu klagen, heißt es deshalb: Aufklärung leisten. Industrie wird kaum mehr in ihrer Vielschichtigkeit wahrgenommen – als Arbeitgeber, als Wertschöpfer für die Region, als Lebensumfeld, als Kulturgut.

Initiativen wie die Akzeptanzoffensive „In|du|strie – Gemeinsam. Zukunft. Leben.“ in der Region Nord-Westfalen und „Zukunft durch Industrie“ in der Region Rhein/Ruhr zeigen, wie in der Gesellschaft eine Diskussion über die Bedeutung der Industrie angestoßen werden kann. Beide Initiativen stehen noch am Anfang, denn Vertrauen und Akzeptanz aufzubauen, ist eine Langstrecke.

Letztendlich entscheidet sich die Akzeptanzfrage am Einzelprojekt: Unternehmen brauchen deshalb einen Paradigmenwechsel bei der Ausgestaltung ihrer internen Abläufe: von der ersten Planung, über die Genehmigung, den Bau bis zum Betrieb der Anlage. Interes-

sen und Bedenken der Bürger müssen dabei frühzeitig antizipiert werden. Ganz besonders die Kommunikation hat sich diesen neuen Anforderungen zu stellen. Es gilt: Mehr Mut zu Transparenz und Dialog!

Der Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Stakeholdern vor Ort wird wichtiger. Den Sorgen und Bedenken der Bürger begegnet man dabei am besten mit Verständnis und Empathie. Einige Unternehmen setzen dies bereits erfolgreich um, andere neigen nach wie vor dazu, technische Fakten zu kommunizieren und vergessen dabei, dass diese oftmals auf taube Ohren stoßen.

Mangelnde Industrieakzeptanz ist kein abstraktes Phänomen: Es geht um konkrete Maßnahmen zur Beilegung drohender Konflikte. Aus einem Dialog dürfen weder leere Versprechungen seitens der Unternehmen entstehen, noch darf hieraus eine für Sachargumente unzugängliche Protesthaltung seitens der Projektkritiker resultieren.

Mithilfe klarer Regeln und verbindlicher Leitplanken sollte eine definierte Mitbestimmung geschaffen werden, die Bürgerinitiativen qualifizierter beteiligt und Unternehmen weiterhin Planungssi-

cherheit gibt. Hier ist auch eine kritische Analyse bestehender Genehmigungsverfahren durch die Behörden erforderlich mit dem Ziel, Transparenz zu fördern und Prozesse zu verkürzen.

Unternehmen müssen den Stellenwert von Kommunikation in derartigen Prozessen höher bewerten. Und die Forderungsdialektik von Projektgegnern muss ein Ende haben. Ein einfaches „Ich bin dagegen“ reicht dann nicht mehr aus.

KAI VOM HOFF

„Industrie – das sind die Großen“?!

Mit „Industrie“ verbinden nur 61 Prozent der Befragten – und sogar nur 54 Prozent der unter 30-Jährigen – kleine und mittlere Unternehmen, 87 Prozent geben bei der Umfrage von tns-Emnid an, zuerst an Großunternehmen zu denken.



Dabei werden in Nord-Westfalen nur 14,6 Prozent des Industrieumsatzes von Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten erwirtschaftet, aber fast 44 Prozent von Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Nur wenige Befragte können regionale Industrie-Unternehmen nennen, stattdessen werden Chemie-, Stahl- und Energieriesen wie Thyssen Krupp, BASF, Eon oder RWE genannt.

Sie haben einen guten Grund ...



Animation



Realisierung

... wir die passenden Ideen!



ENTWICKELN | PLANEN | BAUEN

seit 1910
borgers
 Generalunternehmen Hoch- und Tiefbau
 planen und bauen Hand in Hand

Borgers GmbH
 48703 Stadtlohn · Mühlenstraße 29
 Tel: 02563/407-0 · Fax: 02563/407-30

Borgers Süd GmbH
 63322 Rödermark · Dieburger Straße 129 b
 Tel: 06074/89 09-0 · Fax: 06074/976 53

Borgers Ost GmbH
 14469 Potsdam · Kaiser-Friedrich-Straße 96
 Tel: 0331/567 09-0 · Fax: 0331/567 09-30

E-Mail: info@borgers-industriebau.de

www.borgers-industriebau.de